

mußte der Schutzpolizei-Obermeister vorletzte Woche seinen Arbeitsplatz in der Funkzentrale des Polizeipräsidiums mit einer Einzelzelle im Untersuchungsgefängnis Moabit vertauschen.

Im selben festen Haus sitzt seit November vergangenen Jahres ein weiterer West-Berliner Polizist ein. Wie Habermann wird auch dem Kriminalmeister Hans Weiß, 59, ehemals Angehöriger des Funkdienstes der West-Berliner Kripo, Spionage für die ostdeutschen Kommunisten vorgeworfen.

Beide Polizisten verdanken ihre U-Haft einem Zonen-Geheimdienstler, der letzten Sommer über die Mauer kam. Der Abtrünnige, dessen geheimegehaltener Name nicht einmal der Staatsanwaltschaft bekannt wurde, hatte unter anderem ausgeplaudert, der DDR-Staatsicherheitsdienst habe verlässliche Agenten bei der West-Berliner Polizei sitzen und sei deshalb in der Lage, seine Vertrauensleute stets vor drohenden Verhaftungen zu warnen.

Eine Sonderkommission untersuchte West-Berlins Polizeinetz auf undichte Stellen. Zunächst stießen die Leckfahnder auf Weiß: Bei einer Hausdurchsuchung fanden sie ein Transistor-Radio aus DDR-Produktion, mit dem der Kriminalmeister seine Anweisungen aus dem Osten bezogen haben soll. Ebenfalls in der Wohnung vorgefundene Papierschnitzel ergaben — zusammengesetzt — notierte Zahlenreihen, die anhand des bekannten Ost-Kodes von der Polizei als Informations-Auftrag des Staatssicherheitsdienstes gewertet wurden.

Meister Weiß hatte keine Mühe, an Informationen heranzukommen. Bei seiner Tätigkeit im Funkdienst liefen über seinen Schreibtisch Akten und Anweisungen, die sonst nur für die Augen einiger höherer Polizeibeamter bestimmt sind.

DDR-Kuriere, so gestand Weiß nach Angaben der Kriminalpolizei, hätten für den Transport der so gewonnenen Informationen von West nach Ost gesorgt. Monatelang verhört, entschlüpfte Weiß schließlich der Name seines Kollegen Habermann — wie Weiß nachrichtenträchtiger Funkdienstler, wie Weiß in seiner Freizeit passionierter Schrebergärtner.

Während Meister Weiß anhand der in seiner Wohnung vorgefundenen Corpora delicti und seiner Aussagen für die Fahnder als überführt gilt, mußte bisher gefundenes Belastungsmaterial gegen den Schupo-Obermeister und zweiten Vorsitzenden des Kleingartenvereines „Wochenend“, Habermann, inzwischen als beweisenwürdig ausscheiden.

Ein kartenspielkundiger Polizist fand auf Anhieb heraus, was per DDR-Kode nicht zu lösen war: Die Zahlenreihen auf Habermanns Schreibblock waren die Gewinn- und Verlustbilanz einer Skat-Runde.

BANKEN

INDUSTRIE-BESITZ

Reichtum im Dunkeln

Eine Bonner Novelle zum Aktienrecht brachte an den Tag, was Kenner immer vermutet hatten und Hermann Josef Abs immer bestritt: Die größten Industrierherren der Bundesrepublik sind die Banken.

Paragraph 20 des vom vierten Bundestag erlassenen Aktiengesetzes macht dem Versteckspiel ein Ende. Seit dem 1. Januar 1966 muß jeder Aktienbesitz von mehr als 25 Prozent eines Unternehmens durch einen Brief an den Vorstand offengelegt und von diesem darüber eine Notiz im Bundesanzeiger verfaßt werden.

Was seit Inkrafttreten dieser Bestimmung aus den Portefeuilles der Geldinstitute bekannt wurde, verblüffte selbst die Aktionärszeitschrift „das Wertpapier“: „Erst jetzt hat sich gezeigt, daß die Großbanken wesentlich reicher sind, als man allgemein angenommen hat.“



Großbankier Abs
Gewinne aus der Schuhfabrik

Allein in den Schatztruhen der Deutschen Bank, der Dresdner Bank und der Commerzbank liegt ein Beteiligungsvermögen von mehr als 3,7 Milliarden Mark Wert. Es ist gleichmäßig auf alle Branchen verteilt.

Meist beträgt der Kapitalanteil mehr als 25 Prozent, weil damit die Dividende aus dem Aktienbesitz steuerfrei kassiert werden kann (Schachtelprivileg). Nicht wenige der Industriefirmen sind sogar zu mehr als 50 Prozent in der Hand der Bankiers, was durch das neue Gesetz gleichfalls deklarierungspflichtig geworden ist.

Zum inländischen Beteiligungsvermögen gehören zum Beispiel

- ▷ bei der Deutschen Bank AG drei Treuhandgesellschaften, 23 Kreditinstitute und 20 Industrie-, Handels- und Schiffahrtsfirmen,
- ▷ bei der Dresdner Bank AG drei Grundbesitz- und Immobiliengesell-

schaften, 18 Kreditinstitute und 20 Industriefirmen,

- ▷ bei der Commerzbank AG elf Kreditinstitute und zwölf Industriefirmen.

Aber auch die kleineren Geldinstitute halten wie Investmentgesellschaften ganze Bündel Industriebeteiligungen. Die Bayerische Vereinsbank sitzt in elf, die Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank AG sogar in 25 gewerblichen Unternehmen, Treuhand- und Bauspargesellschaften nicht mitgerechnet.

Um die Version erhalten zu können, die Banken seien allenfalls durch Samariterdienste zu Industriebesitz gekommen, hatten die Bankiers ihre schönen Schachteln jahrelang vor den Aktionären versteckt. Die Bankbilanzen enthielten zwar den Posten „Beteiligungen“ — Commerzbank: 100,7 Millionen Mark, Deutsche Bank: 145,6 Millionen Mark —, aber er umfaßte lediglich Kapitalanteile an Kreditinstituten, Hypothekenbanken und Investmentgesellschaften.

In den Gewinn- und Verlustrechnungen der Banken waren keine Dividendeneinnahmen zu erkennen, sondern nur die Einkünfte aus „Zinsen und Diskont“ oder „Provisionen, Gebühren und sonstige Erträge“. Und unter dem Bilanzposten „Wertpapiere“ fanden die Aktionäre nur jeweils einen Sammelbetrag, der nicht näher aufgeschlüsselt oder erläutert war.

Auch auf den Bank-Hauptversammlungen wurde nur selten über das Verwandtschaftsverhältnis zu anderen Firmen gesprochen. Abs dazu: „Das wollen wir nicht an die große Glocke hängen.“

Nur nebenbei erfuhren beispielsweise die Aktionäre des Siemens-Konzerns im Jahre 1964, daß sie eine Schachtelbeteiligung von mehr als 25 Prozent an der Metallgesellschaft AG (Kapital 140 Millionen Mark) ihr eigen nennen können.

Die Anteilseigner der Deutschen Babcock & Wilcox-Dampfkessel-Werke AG hörten ebenso durch Zufall, daß ihr Wohnungsbau-Unternehmen „Heimfried GmbH“ florierende Töchter hatte: Obwohl sie 1100 Beschäftigte zählten und 120 Millionen Mark Jahresumsatz erwirtschafteten, waren sie im Geschäftsbericht mit keinem Wort erwähnt.

Als Daimler-Benz mit Hilfe der Deutschen Bank die Bayerischen Motoren Werke schlucken wollte, scheiterte der Coup daran, daß in diesem Fall die verwandtschaftlichen Beziehungen bekannt waren. Auf Drängen der Aktionäre gab BMW-Aufsichtsratsvorsitzender Feith zu, daß er im Hauptberuf dem Direktorium der Deutschen Bank angehöre, die zu mehr als 25 Prozent an Daimler-Benz beteiligt ist. Darauf entstand Tumult auf der Hauptversammlung — Zuruf: „Der Kerl rasiert zwei Kunden“ —, und der Fusionsvorschlag aus Stuttgart wurde niedergestimmt.

Um Querverbindungen dieser Art vor aller Augen sichtbar zu machen, baute Ministerialdirektor Dr. Ernst Geßler, Leiter der Abteilung Handels- und Wirtschaftsrecht im Bonner Justizministerium, in das neue Aktiengesetz die sogenannte Mitteilungspflicht ein. Das NS-Aktiengesetz aus dem Jahre 1937 hatte die Großaktionäre im dunkeln gelassen.

Geßler wollte „Aktionäre, Gläubiger und die Öffentlichkeit über... Konzern-

verbindungen besser unterrichten und die vielfach auch für die Unternehmensleitungen nicht erkennbaren wahren Machtverhältnisse in der Gesellschaft deutlicher hervortreten lassen“.

Die Konzernherren aus Industrie und Kreditwirtschaft protestierten sofort gegen den Entwurf des Gesetzes. Ein „Gemeinschaftsausschuß Unternehmenreform“ unter der Leitung des Rechts-Vorstandes der Farbwerke Hoechst, Heinz Kaufmann, hielt die Enttarnung der Großaktionäre für „unvereinbar mit der Anonymität der Aktie“. Lobbyisten in Bonn argumentierten, es sei das „berechtigte Interesse des Aktionärs, unbekannt zu bleiben“.

Im Hause der Württembergischen Baumwoll-Spinnerei und -Weberei ist die Deutsche Bank sogar Mehrheitsaktionär, das heißt, sie besitzt mehr als 50 Prozent des Aktienkapitals (siehe Graphik).

Die Dresdner Bank offenbarte ihre Schachtelbeteiligungen an den Bau-firmen Julius Berger AG und Grün & Bilfinger AG, an der Hildesheimer Aktienbrauerei, an der Metallgesellschaft AG, an der Norddeutsche Wollkammerei und Kammgarnspinnerei AG sowie an der Vereinigte Schmirgel- und Maschinen-Fabriken AG. Vorher war den meisten Aktionären nur bekanntgewesen, daß die Dresdner ein Aktienpaket der Gelsenkirchener Bergwerks-AG besitzt.

Die Bayerische Vereinsbank mußte mitteilen, daß sie neben der Teilhabe an fünf Brauereien noch Schachtelkapitalien der Maschinenfabrik Andrae-Noris Zahn AG und der Bayerischen Hartstein-Industrie AG ihr eigen nennt. Im Portefeuille der Bayerischen Hypotheken- und Wechsel-Bank liegen 25 Prozent der Aktien der Rosenthal-Porzellan AG, mehrerer Brauereien sowie der Vereinigten Fränkischen Schuhfabriken AG.

Angesichts dieser Machtfülle klingen frühere Erklärungen westdeutscher Bankgewaltiger darüber, wie sie zu dem Industriebesitz gekommen sind, recht hohl. Bank-Zar Rinn von der Dresdner Bank etwa hatte kundgetan: „Unsere

FABRIKEN IM TRESOR

Beispiele für Aktienbesitz der westdeutschen Großbanken

 COMMERZBANK AG DUSSELDORF	 DEUTSCHE BANK AG FRANKFURT	 DRESDNER BANK AG FRANKFURT
Beteiligungen von mehr als 25 Prozent	Beteiligungen von mehr als 25 Prozent	Beteiligungen von mehr als 25 Prozent
AHI-Bau, Allgemeine Hoch- und Ingenieurbau-AG, Düsseldorf Dampfschiffahrts-Gesellschaft „Neptun“, Bremen Fürstenberg ehemalige Herzoglich Braunschweigische Porzellanmanufaktur, Fürstenberg Heinrich Bergbau AG, Essen Kaiser-Brauerei AG, Hannover Karstadt AG, Hamburg Kaufhof AG, Köln	Bayerische Elektrizitäts-Werke, München Daimler-Benz AG, Stuttgart Didier-Werke AG, Wiesbaden Philipp Holzmann AG, Frankfurt Süddeutsche Zucker-AG, Mannheim Karstadt AG, Hamburg Schuhfabrik Manz AG, Bamberg Gebrüder Stollwerck AG, Köln Beteiligungen von mehr als 50 Prozent Hamburg-Amerikanische-Packetfahrt-AG, Hamburg Württembergische Baumwoll-Spinnerei und -Weberei, Eßlingen	Chemie-Verwaltungs-AG, Frankfurt Gold-Pfeil Ludwig Krumm AG, Offenbach Kaufhof AG, Köln Norddeutscher Lloyd, Bremen Metallgesellschaft AG, Frankfurt Gelsenkirchener Bergwerks-AG, Essen Beteiligungen von mehr als 50 Prozent Bauboag AG für Ingenieurbauten des Hoch- und Tiefbaues, Düsseldorf Dortmunder Ritterbrauerei AG, Dortmund Norddeutsche Wollkammerei und Kammgarnspinnerei AG, Bremen

Die Parlamentarier hingegen votierten für Geßlers Aufklärungs-Paragrafen 20 und verhängten Sanktionen: Ein Großaktionär, der einen Schachtel- oder Mehrheitsbesitz nicht meldet, darf in der Gesellschaft auch sein Stimmrecht nicht ausüben und keine Dividende kassieren.

Als im Bundesanzeiger, dem Pflichtblatt der westdeutschen Kapitalgesellschaften, der weitreichende Bankbesitz publiziert wurde, staunten selbst die Fachleute. Die Börse honorierte den unvermuteten Reichtum mit Kurshüpfen; die Aktien der Deutschen Bank wurden innerhalb weniger Wochen 76 Punkte höher notiert.

Von der Abs-Bank hatte man gewußt, daß sie Schachtelbeteiligungen an der Daimler-Benz AG, an der Hapag und am Warenhauskonzern Karstadt AG besitzt. Jetzt erweist sie sich auch als Großaktionär bei der Didier-Werke AG, Philipp Holzmann AG, Porzellanfabrik Kahla, Schuhfabrik Manz AG, Süddeutsche Zucker-AG sowie der Schokoladenfirma Gebrüder Stollwerck AG.

Unter dem Titel „Wer gehört zu wem“ hatte die Commerzbank AG in den vergangenen Jahren alle publik gewordenen Querverbindungen aufgezeichnet. Wie unvollständig die verdienstvolle Arbeit war, zeigt sich heute.

Firmen wie die Dampfschiffahrts-Gesellschaft Neptun und die Gerätebau-Firma H. Maihak AG zum Beispiel waren im Commerzbank-Handbuch nicht aufgeführt, bei der Kaiser-Brauerei AG in Hannover war nur eine Stiftung als Aktionär erwähnt. Das Bonner Gesetz brachte heraus, daß in allen drei Aktiengesellschaften die Commerzbank selbst mit jeweils über 25 Prozent Großaktionär ist.

Dresdner und Commerzbank betätigen sich sogar als Hoteliers und Feinkosthändler. Beide besitzen eine Schachtelbeteiligung an der Hotelbetriebs-Aktiengesellschaft Berlin, der außer Weinhandlungen und Feinkostfirmen einige westdeutsche Renommierhotels wie das Atlantic in Hamburg und das Bristol Hotel Kempinski in Berlin gehören.

ganzen Industriebeteiligungen haben wir aus den Notfällen der zwanziger Jahre, wo wir helfen mußten. Die Banken drängen sich nicht nach Industriebesitz.“

Und Hermann Josef Abs hatte getönt, niemand solle sich eine falsche Vorstellung von dem Verantwortlichkeitsgefühl machen, das die Bankwelt für das Gesamtwohl empfinde. Er dozierte: „Die Vorstellung, daß die Banken von dem Bestreben geleitet sind, Abhängigkeit zu schaffen, ist völliger Unsinn.“

Abs nannte das Motiv für den Beteiligungsbesitz „die Verteidigung der Selbständigkeit der Unternehmen“. Die Großbanken seien bei den Firmen helfend eingesprungen, um entweder Konkurse zu verhüten oder ausländische Käufer abzuwehren.

So habe er das Aktienpaket an der Stollwerck-Schokolade für die Deutsche Bank gekauft, als der Mitaktionär Oetker seine Stollwerck-Papiere verkaufen wollte und die Gefahr bestand, daß Ausländer in das 1839 gegründete Un-

DER AUFSICHTSRAT UND DIE ESELSOHREN

Peter Brügge auf der Veba-Hauptversammlung.

In den Gesichtern von tausend Dienern der Vereinigten Elektrizitäts- und Bergwerks-AG (Veba) war ein frohes Ostern und der unerschütterliche Wille zur Güte gegenüber dem Volksaktionär. Sie halfen ihm aus dem Mantel und an seinen Platz im riesigen Oval der Westfalenhalle. Händereibend machten sie ihn auf das kostenfreie Angebot alkoholfreier Erfrischungen aufmerksam. Aus dem sorgenträchtigen Kohlesektor der Gesellschaft waren außerdem zwei Bergmannskapellen herbeigeeilt, ihn mit frischer Marschmusik zu erwarten.

Ein Hinweis der Demoskopie hatte im Vorstand der Gesellschaft die heimliche Angstvorstellung erweckt, 38 000 von den 2,5 Millionen unzufriedenen Kleingeldgebern des Unternehmens könnten von ihrem Aktienrecht Gebrauch machen und, jeden Rahmen sprengend, zur Hauptversammlung erscheinen.

Darauf hatte sich der Vorstand mit einem Aufwand von insgesamt 2,2 Mil-

im Saal — die von den Banken, die von den Girokassen, mit Aktentaschen, prall vom Stimmrecht der Millionen abwesender Volksaktionäre.

Die Volksaktionäre — vom Aufsichtsratsvorsitzenden höflich ersucht, in die Stimmkarten keine Eselsohren zu machen, weil dies der Computer übernehme — ließen sich die Würstchen schmecken. Sie sprachen dem Saft zu, trugen Empfehlungen zur Lösung der Kohlenkrise vor, rieten — zwecks Kurspflege — den gemeinsamen spontanen Kauf einer weiteren Veba-Aktie an und forderten, die Lehrlinge der Veba-Glashütte sollten für die Begrenzung der Redezeit in der nächsten Hauptversammlung Eieruhren blasen. Sündungsbewußte Sprecher der Kleinaktionäre, die auf keiner großen Hauptversammlung fehlen, versuchten schließlich sogar, Einfluß auf die Wahl des Aufsichtsrats zu nehmen.

Ungeachtet der Entschlossenheit, an einer nach bewährter Konzern-Arith-



Veba-Hauptversammlung in der Westfalenhalle: „Die Würstchen, die Würstchen!“

lionen Mark im größten Veranstaltungszentrum der Bundesrepublik wenigstens auf den Besuch von 20 000 vorbereitet. So fühlte man sich seiner Sache sicher, als am 5. April, 11.05 Uhr, der große Gong geschlagen wurde und aus der weiten Halle mit den fast leeren Rängen insgesamt 2507 Teilnehmer verloren zum hohen Tisch des Aufsichtsrats aufblitzten.

Angewidert faßte da ein untergeordneter Organisator sich an die Stirn und rief: „Die Würstchen, die Würstchen!“ Ihm war plötzlich heiß eingefallen, daß die 60 000 Bockwürste, die er auf Rechnung der AG erworben hatte, zuviel für diese Menschen und außerdem nur beschränkt haltbar seien.

Hans Birnbaum hingegen, Ministerialdirigent a. D. und für nur 16 000 Mark pro Jahr Aufsichtsratsvorsitzender der Gesellschaft, von deren Aktien 36 Prozent der Bund zu behalten wünschte (und nach Einkäufen zur Stützung des Kurses über 40 Prozent besitzt), ließ sich vom Elektronenrechner bestätigen, daß die übergeordneten Aspekte durchaus erfreulich waren:

2507 Personen repräsentierten, zusammen mit dem Aktienpaket des Bundes, runde 66 Prozent des Grundkapitals (543 von 825 Millionen). Die richtigen Persönlichkeiten befanden sich somit

metik ausbalancierten und kräftig mit Vertretern von Bund und Banken durchsetzten eigenen Kandidatenliste festzuhalten, ließ Aufsichtsratsvorsitzender Birnbaum es dabei sogar hingehen, daß ein Stadtrat und Kaufmann aus Würzburg, den eine kräftig rumorende Gruppe kleiner Aktionäre unbedingt an Stelle eines Düsseldorfer Bankiers gewählt sehen wollte, sich vor dem Rednerpult dem Publikum als Kandidat der Stunde präsentierte. Es bestand in diesem Augenblick, gegen Ende der zehnstündigen Hauptversammlung, freilich nur noch aus 300 Unentwegten und konnte im Laien die Vermutung wecken, zu einer Abstimmung fehle es an Stimmen.

Birnbaum aber ließ sogleich elektronisch beweisen, daß zwar keine Leute, aber nach wie vor 66 Prozent des Kapitals anwesend seien. Sie genügten voll auf, den neuen Aufsichtsrat so zu wählen, wie vom alten Aufsichtsrat vorgeesehen.

Die übriggebliebenen Volksaktionäre brauchten keinen Elektronenrechner, die Bilanz ihrer Ohnmacht zu ziehen, an der sich auch nichts geändert hätte, wenn ihrer 20 000 nach Dortmund gekommen wären, um den Alptraum von der größten Aktionärsversammlung aller Zeiten wahrzumachen.

ternehmen einziehen würden. Auch das Paket an der Südzucker sei einem ausländischen Interessenten vor der Nase weggeschnappt worden. Warum die Bank sich aber immer noch als Schokoladen- und Zuckerfabrikant betätigt, ist damit nicht erklärt.

Da die Geldinstitute als Hausbanken der Wirtschaftsunternehmen an der Quelle sitzen, konnten sie ihre Beteiligungen oft zu sehr niedrigen Kursen kaufen, weil die Unternehmen in Schwierigkeiten geraten waren.

Beispielsweise erwarb die Commerzbank ihre Schachteln an den Warenhauskonzernen Kaufhof und Karstadt, die wirtschaftlich angeschlagen waren, zu einem Spottpreis und behielt sie auch, nachdem die Sanierungen gelungen waren. Heute werden die alten Schachteln an der Börse mit 525 und 722 Punkten notiert.

So ist es kein Wunder, daß das Beteiligungsvermögen mancher Banken größer ist als der Kurswert ihres eigenen Kapitals. Nach Berechnungen von Experten hat

- ▷ die Commerzbank einen Börsenwert von 815 Millionen Mark, während der Börsenwert ihrer Beteiligungen bei 900 Millionen Mark liegt,
- ▷ die Dresdner Bank einen Börsenwert von einer Milliarde Mark, der Börsenwert ihrer Beteiligungen dagegen beträgt etwa 1,16 Milliarden,
- ▷ die Deutsche Bank einen Börsenwert von 1,4 Milliarden Mark, und der Börsenwert ihrer Beteiligungen liegt bei etwa 1,7 Milliarden Mark.

So verschwiegen die Banken bisher ihren Schachtelbesitz behandelten, so stumm bleiben sie auch jetzt noch, wenn es um die erzielten Gewinne aus ihrem gewerblichen Vermögen geht.

Sie scheuen sich, einen weiteren kuriosen Tatbestand aufzudecken: Die aus den Firmenbeteiligungen kassierten Dividenden sind oft nahezu genauso hoch wie die Dividenden, die den Aktionären der Banken selbst ausgeschüttet werden. In manchen Fällen übersteigt der eingekommene Industrie-Zins sogar die Zahlung an die Bank-Eigentümer.

Im Geschäftsjahr 1965 standen bei der Commerzbank 25 Millionen Mark kassierte Dividenden 36 Millionen Mark an Commerzbank-Eigner verteilten Dividenden gegenüber. Abs schüttet an seine Aktionäre 56 Millionen Mark aus, nachdem die Beteiligungen der Deutschen Bank Gewinne von fast 50 Millionen Mark eingebracht haben.

Bei der Dresdner Bank übersteigt das Inkasso sogar die Ausschüttung: Sie gab ihren Aktionären 39,2 Millionen Mark Dividenden und hatte aus ihren Aktien selbst 42 Millionen Mark eingenommen. Bei der Frankfurter Privatbank Berliner Handels-Gesellschaft waren aus Beteiligungen 8,5 Millionen Mark in die Kasse geflossen, die Aktionäre bekamen 6,48 Millionen Mark.

Allerdings sind die Dividenden aus Industrie- und Handelsbesitz eine Nebeneinnahme, von der die Bank-Aktionäre wenig merken. Bankgewinne wandern oft nur zur Hälfte in die Taschen der Eigentümer — 1965 bestätigte Abs zum Beispiel, nur etwa 40 Prozent seines Nettogewinns ausgeschüttet zu haben —, der größere Rest wird eingedickt. Die Deutsche Bank steckte 1965 genau 70 Millionen Mark in die Reserven. Ihre Aktionäre bekommen 56 Millionen Mark Dividende.